

30.08.2007

Gasseparationsanlage: Hoppe und Trittin werden in Berlin nachfragen

Ex-Umweltminister sprach in Dornum mit Landrat und BI

Aurich/Dornum. Ex-Bundesumweltminister Jürgen Trittin und der Auricher Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe (beide Bündnis 90/Die Grünen) werden sich wegen der in Nesse bei Dornum geplanten Gasseparationsanlage mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung wenden. Sie wollen wissen, wie die Bundesregierung die Chance einschätzt, die bei der geplanten Gasseparationsanlage pro Jahr anfallende Menge von 250 000 Tonnen Kohlendioxid tatsächlich in Kavernen oder ausgebeutete Gasfelder pressen zu können und wie die Frage nach einem angemessenen Prüf-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren beurteilt wird.



*Diskutierten in Dornum über die geplante Gasseparationsanlage (von links):
Ex-Umweltminister Jürgen Trittin, Landrat Walter Theuerkauf, MdB Thilo Hoppe,
Karin Albers vom Kreisvorstand der Grünen sowie Reint Janssen und
Dieter Potthoff von der Dornumer Bürgerinitiative. Foto: privat*

Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs, das Trittin und Hoppe am Donnerstag (30. August) in Dornum mit Landrat Walter Theuerkauf, Dornums Bürgermeister Michael Hook und Vertretern der neuen Dornumer Bürgerinitiative gegen die Gasseparationsanlage führten.

Ursprünglich war ein gemeinsamer Besuch der Gasanlandungsstation von Statoil in Nesse geplant – dort, wo auch die Gasseparationsanlage gebaut werden soll. Doch dieser Besichtigungs- und Informationstermin wurde am Nachmittag zuvor überraschend von den Unternehmen Statoil und Eon-Ruhrgas abgesagt – mit der Begründung, es hätten sich kurzfristig neue "kommerzielle Fragen" ergeben, die zunächst abgeklärt werden müssten.

Ex-Bundesumweltminister Trittin zeigte sich am Donnerstag bei einem Pressegespräch im "Kronprinz" in Dornum "enttäuscht und verärgert" über diese äußerst kurzfristige Absage. Er hätte sich gern umfassend über das anvisierte Projekt informiert. Er empfahl Statoil und Eon-Ruhrgas dringend, ihre Öffentlichkeits- und Informationspolitik zu verändern, die Sorgen der Bürger und der Politiker ernst zu nehmen und für deutlich mehr Transparenz zu sorgen.

Während Vertreter der Bürgerinitiative ihre generelle Ablehnung der geplanten Gasseparationsanlage an diesem Standort bekräftigten, plädierte Landrat Theuerkauf dafür, ergebnisoffen prüfen zu lassen, ob das dort anfallende Kohlendioxid unterirdisch gelagert werden könne. Wenn dies möglich sei, wäre die

geplante Anlage sogar klimafreundlich und könnte bundesweit den Rang eines beispielgebenden Pilotprojekts bekommen.

Der grüne Landtagskandidat Hans Vollmer (Norderney) sowie weitere Vertreter der grünen Kreisverbandes bezweifelten, dass dies möglich sei. Irgendwann seien die unterirdischen Lagerkapazitäten erschöpft und dann würden doch große Mengen Kohlendioxid durch den Schornstein gepustet. Ein solches Gas-Industrieprojekt passe einfach nicht in ein Gebiet, das von Tourismus, Naturschutz und Landwirtschaft geprägt sei.